QUER GESTELLT UND WIDERSETZT

BERICHT VON DEN CASTOR-PROTESTEN 2010
Seite 2

DEM ERFOLG NICHT DAVON LAUFEN!

ZUM UMGANG MIT DEM GRÜNEN HÖHENFLUG
Seite 4

HOCHWASSERSCHUTZ FÜR HANNOVER

WARUM DIE STADT JETZT HANDELN MUSS
Seite 6

AUSSERDEM:
- IRLAND RETTEN S. 5
- VERKEHR UND CO2 S. 7
- WERKHEIM E.V. S. 10

GRÜNE SEITEN

MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • DEZEMBER 2010

KOMMUNALPOLITIK BRAUCHT DICH!

Im September 2011 finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Die Gelegenheit, selbst politisch aktiv zu werden. Maaret Westphely, gleichstellungspolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion in Hannover, berichtet im Interview von ihren Erfahrungen mit der politischen Arbeit vor Ort.

GRÜNE AKZENTE SETZEN: MAARET WESTPHELY IM BUNDESTAGS-WAHLKAMPF 2009.

Wie viel politische Erfahrung benötigt man, um in die politische Arbeit vor Ort einzusteigen?

Wichtiger als politische Erfahrung ist, dass man Lust hat, etwas anzupacken – damit meine ich zum einen, Dinge zu verbessern, aber auch Gutes zu sehen und zu fördern. Bei der Arbeit im Bezirksrat ist es besonders nützlich, sich eine gute Ortskenntnis zu erarbeiten. Bei der Arbeit im Stadtrat braucht es zusätzlich einen Blick auf die gesamte Stadt und grundsätzlichere Strukturen. Für beides gilt: die Grüne Perspektive muss dabei sein. Insofern ist es wichtig, sich mit grünen Positionen etwas auszukennen. Wichtiger ist aber eine große Bereitschaft, sich in neue Fragen und Aufgaben hinein zu arbeiten, denn manchmal sind die Dinge im Detail anders, als es zunächst scheint.

Wie viel Zeit investierst du in deine Ratstätigkeit? Wie viel Zeit benötigt ein Bezirksratsmandat?

Für politische Arbeit grundsätzlich gilt: Nach oben sind dem Engagement keine Grenzen gesetzt. Während man für die Stadtbezirksratsarbeit mit 2 bis 4 Stunden die Woche rechnen sollte, ist die Arbeit im hannoverschen Rat oder in der Regionsversammlung vom Aufwand her schon eher wie eine Teilzeitstelle. Das hängt damit zusammen, dass die grünen Fraktionen verhältnismäßig klein sind.

Wie sieht es mit der Vereinbarkeit mit Beruf und Familie aus?

Es ist schwierig, aber es geht. Viele Termine sind nachmittags und in den Abendstunden. Alle, die in unserer Ratsfraktion kleine Kinder haben, brauchen neben den regulären Angeboten wie Schule und Kita zusätzlich ein Netzwerk.

Was hat dich motiviert, Kommunalpolitik zu machen?

Mein Ausgangspunkt war mein unmittelbares Wohnumfeld mit zwei kleinen Kindern: Erstens will ich mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und bessere Luft - verbunden mit der Forderung nach weniger motorisiertem Verkehr und mehr Grün.

Und zweitens mehr Freiheit und Flexibilität, das Leben für sich oder mit denen, die einem nahe sind, gestalten zu können. Also auch die Forderung nach einem besseren Leben in Bezug auf die Gestaltung der Zeit, die man hat. Auch wenn ich jetzt weiß, dass zweiteres nicht so einfach zu beschließen ist. Aber es ist wichtig und betrifft jede und jeden.

Was sind denn Deiner Meinung nach die wichtigsten Erfolge der letzten Jahre rot-grüner Politik in Hannover und was sind die Herausforderungen der Zukunft?

Zum ersten ist der derzeit laufende Ausbau der U3-Kinderbetreuung ein enormer finanzieller Kraftakt, der für viele Familien unbedingte Voraussetzung ist, sich am Berufsleben beteiligen zu können. Wichtig ist, dass wir auch in die Qualität investiert haben.

Mit dem Hannover-Aktiv-Pass haben wir es zudem geschafft, die finanzielle Hürde zur Teilhabe

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Der Herbst war heiß! Im Wendland fand die größte Anti-Atom-Demo der Geschichte im statt. Mit unseren sieben Bussen aus der Region Hannover haben wir unseren Teil dazu beigetragen. Auch wenn die Laufzeit der Kernkraftwerke noch einmal verlängert wurde, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung bringt momentan durch ihre bürgerInnenferne Politik große Teile der Bevölkerung gegen sich auf. BürgerInnennahe Entscheidungen sind offensichtlich nicht ihre Sache. - Unsere schon! Bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr werden wir zeigen, was wir in den letzten Jahren geschafft haben und auch welche neuen Ideen wir umsetzen wollen. Und hierfür brauchen wir DICH! Nicht nur als WahlkampfhelferIn sondern auch als KandidatIn für die Räte. Allein für das Regionsparlament brauchen wir 117 KandidatInnen für die Listen, hinzu kommen noch die Stadt-, Gemeinde-, Bezirks- und Ortsräte. Bring dich ein, stell dich zur Wahl!

Es gibt 2011 also viel zu tun. Wir können zurückblicken auf ein erfolgreiches Jahr 2010. In Umfragen erreichen wir über 20 Prozent und die Mitgliederzahl im Regionsverband ist auf Rekordniveau: 973 Mitglieder waren wir Anfang 2010, heute sind wir 1080. Aber lasst und auf dem Teppich bleiben, auch wenn der momentan fliegt.Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen

BRIGITTE DEYDA & CHRISTIAN GAILUS REGIONSVORSITZENDE

FORTSETZUNG VON SEITE 1

am sozialen Leben und Bildungsangeboten abzusenken.

Im Rahmen des städtebaulichen Ideenwettbewerbs „City 2020“ wurden zusammen mit vielen hundert Bürgerinnen und Bürgern Ideen und Entwürfe für die Innenstadt diskutiert. Besonders unter dem Gesichtspunkt der Beteiligungskultur wurde das Projekt bundesweit beachtet.

Für die Zukunft wird eine große Herausforderung die Umsetzung der EU-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen liegen, insbesondere im Bereich der inklusiven Bildung.

Siehst du in deiner politischen Arbeit auch einen persönlichen Gewinn für dich?

Na klar. Es entstehen Freundschaften und auch die Erfahrung auf der Veranstaltung einer Bürgerinitiative zu sprechen, die das gegenteilige Ziel verfolgt, macht einen im Nachhinein ein bisschen stärker.

Gab es negative Erfahrungen? Womit musstest du erst lernen umzugehen?

Öffentliche persönliche Angriffe waren (und sind glücklicherweise immer noch) nicht alltäglich. Das Niveau, auf dem zum Teil diskutiert wird ist wirklich gewöhnungsbedürftig. Ich habe beschlossen, mich darauf nicht einzulassen. Für das, was ich entschieden habe, hatte ich immer einen guten Grund. Deshalb kann ich sachlich bleiben.

Kommunalpolitik ist immer noch stark männlich dominiert. Welche Ansätze gibt es, um das zu ändern?

Ich glaube es gibt zwei zentrale Punkte: Erstens stellen sich viele Frauen von sich aus nicht in die erste Reihe. Deshalb finde ich die grüne Ermutigungskultur für Frauen und die Quote richtig gut. Denn im Endeffekt können es nur die Frauen selbst ändern. Zweitens legen Frauen mehr Wert auf den Raum für Dinge im Leben neben Beruf und einem solchen Ehrenamt. Um alles unter einen Hut zu bekommen, ist eine straffe und effektive Organisation der Sitzungen sehr wichtig. Nicht jedeR muss zu allem sprechen und wenn es noch heftigen Diskussionsbedarf gibt, soll der Kreis der Interessierten das Thema vorbereiten.

Hat man wirklich die Chance, eigene Ideen durchzusetzen oder werden sie im politischen Prozess so lange zermahlen, dass am Ende nur noch Krümel davon übrig bleiben?

Natürlich kann man eigene Ideen umsetzen. Aber Demokratie ist Teamwork. Es geht häufig nicht schnell und hin und wieder sollte man kompromissbereit sein. Schließlich setzten sich Grüne dafür ein, möglichst viele zu beteiligen! Im Übrigen kann jede und jeder auch in unseren Stadtteilgruppen, Arbeitsgemeinschaften oder bei anderen grünen Veranstaltungen grüne Politik machen – auch ohne Mandat.

Gibt es ein Beispiel für ein besonderes Erfolgserlebnis?

Eines meiner schönsten Erlebnisse war die Preisverleihung an Hannover als erste FairTradeStadt in Niedersachsen. Zum einen zu sehen, dass sich so viele Leute einzeln oder in Gruppen für das Thema der globalen Gerechtigkeit einsetzen. Zum anderen, weil grüner Einsatz auf allen Ebenen maßgeblich zu dieser Auszeichnung beigetragen hat.

INTERVIEW: CHRISTIAN GÜNTHER

INTERESSE AN KOMMUNALPOLITIK?

Welche Themen sind für grüne Politik im Moment wichtig? Wie ist die konkrete kommunalpolitische Arbeit bei dir vor Ort organisiert? Wenn dich diese Fragen interessieren oder du dich einfach mal umhören willst, bist du herzlich zu unseren Infoveranstaltungen einladen. Aktive Grüne aus Räten, Bezirksräten und Regionsversammlung beantworten deine Fragen.

Zum Rat der Stadt Hannover und Stadtbezirksräten:
Montag, 13.12.2010, 18:00 Uhr

Zur Regionsversammlung und den Räten des Umlands:
Dienstag, 18.01.2011, 18:00 Uhr

Die Treffen finden jeweils im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 in Hannover statt.

QUER GESTELLT UND WIDERSETZT

Über 450 Personen fuhren mit den Grünen Protestbussen aus der Region Hannover ins Wendland zur Kundgebung gegen den Castor-Transport am 6. November.

ANDREAS BEICHLER, JENS WILLIGES, DORO STEINER, STEFANIE HENNECKE UND BRIGITTE DEYDA IM WENDLAND. FOTO: JÖRG RUTZEN

Vier Busse des Stadtverbands Hannover starteten vom ZOB, zwei Busse schickten die Ortsverbände Barsinghausen, Gehrden, Wennigsen, Hemmingen und Ronnenberg. Ein weiterer Bus fuhr von Lehrte über Burgdorf nach Dannenberg. Viele Grüne AktivistInnen blieben gleich dort und erlebten vier Tage friedlichen Protest mit und bei den FreundInnen aus dem Wendland. Der Widerstand war so groß wie nie zuvor. Insgesamt waren 50.000 Menschen bei der Auftaktkundgebung in Dannenberg. An den Folgetagen harrten 5.000 BlockiererInnen auf den Schienen und 4.000 auf der Straße vor dem Zwischenlager in Gorleben aus. Am Ende benötigte der Atommüll 92 Stunden bis ins Zwischenlager - die längste Verzögerung, die es je gegeben hatte.

Die verschiedenen Protestformen waren bunt, vielfältig und sehr gut aufeinander abgestimmt. Die beeindruckende Großdemo und die Treckerblockade in Splitau waren der Beginn von vier Tagen Castor-Protesten und die erste Sitzblockade auf den Gleisen am Sonntagmorgen demonstrierte in beeindruckender Weise, wie breit der Widerstand war und wie gut das Zusammenspiel der einzelnen Aktionsformen funktionierte.
Nachdem es die ersten "Widersetzen"-AktivistInnen am Sonntagmorgen geschafft hatten, die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen und auf die Schiene zu gelangen, folgten immer mehr Menschen. Die Polizei war machtlos und resignierte recht schnell beim Anblick der Menschenmassen, die auf die Schienen drängten: Junge, Ältere, Familien mit Kindern, größere Gruppen und einzelne Entschlossene - der Menschenstrom riss nicht ab und die tatsächliche Anzahl der BlockiererInnen war bereits Mittags kaum noch zu überblicken. Was all die verschiedenen Menschen zu dieser Zeit auf den Gleisen miteinander verband, war der breite friedliche Konsens und die Bereitschaft zum kollektiven Regelübertritt. "Wir gehen hier nicht weg" schallte es von den Schienen durch die umliegenden Wälder und alle waren sich einig: niemand würde hier mehr freiwillig aufstehen. Gegen 17 Uhr verbreitete sich die Information auf der Strecke, dass der Polizeisprecher die Situation als "aussichtslos" erklärt habe und eine Räumung unter den gegebenen Umständen unmöglich sei. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits 5.000 Menschen auf den Gleisen und die bäuerliche Notgemeinschaft blockierte mit ihren Treckern die Zufahrtswege der Polizei. Gleichzeitig hatten es die Volxküche und AnwohnerInnen aus der Umgebung auf die Schiene geschafft und versorgten die BlockiererInnen in großem Umfang mit warmer Kleidung, Essen und Heißgetränken. Die

VIELE BUNDESTAGSABGEORDNETE WIDERSETZTEN SICH DEM CASTOR. SO AUCH SVEN-CHRISTIAN KINDLER AUS HANNOVER.

Gruppe Samba Luna und die Elektro-DJs von "Atomkraft wegbassen" sorgten zudem für musikalische Unterhaltung und für Bewegung. Es wurde getanzt gegen das Frieren und gesungen für den friedlichen Protest. Alle stellten sich darauf ein, wenn nötig auch die Nacht auf den Gleisen zu verbringen.

"Selten habe ich in letzter Zeit emotional so intensive Tage erlebt", berichtet der Grüne Regionsabgeordnete Ulrich Schmersow. "Es war das Gefühl, mit vielen anderen das Richtige zu tun. Es war die besondere Kreativität und Vielfalt des Widerstandes. Und es waren die vielen geschickten Blockaden der Nachschubwege der Polizei durch unzählige Trecker, die ermutigenden Gespräche mit den ganz Jungen oder mit dem verrenteten Berufskollegen der Kreisverwaltung auf der Blockadestrecke."

Bei dichtem Nebel, kühler Dunkelheit und unter Friedensliedern begann morgens um 3 Uhr schließlich doch die Räumung. Von einem auf den anderen Moment schlug die Euphorie, die so lange angehalten hatte, um in eine erschöpfte Ohnmacht. Ulrich Schmersow erlebte das Vorgehen der Polizei sehr unterschiedlich: "Da waren welche, die hätten sich am liebsten dazugesetzt oder hatten Anerkennung für die AktivistInnen, die für ihr politisches Anliegen zu dieser Zeit bereits 20 Stunden auf den Schienen ausharrten. Aber wenn Presse und Grüne Abgeordnete fehlten, dann erlebten wir auch Polizeiwillkür und dabei bewirkte ein großes Ohnmachtsgefühl bei mir Wut, wie in Laase." An der Gefangenensammelstelle, wo nach Ende der Räumung alle noch bei eisiger Kälte bis 10 Uhr morgens ausharren mussten, rollte er schließlich vorbei: der Castortransport 2010. Alle wussten, er konnte leider nicht gestoppt, aber zumindest erfolgreich verzögert werden. Einige Entschlossene machten sich nun auf, um sich vor dem Zwischenlager der Blockade von X-Tausendmalquer anzuschließen und für viele war klar, beim nächsten Castor wieder dabei zu sein und dann noch Weitere mitzubringen.

CAROLIN JAEKEL
caro.jaekel
@freenet.de

SEIT DREISSIG JAHREN LEISTEN DIE LANDWIRTE IM WENDLAND WIDERSTAND GEGEN DEN ATOMMÜLL VOR IHRER TÜR. FOTO: JÖRG RUTZEN

BURGDORF STELLT SICH QUER

Castor-Protest-Aktion erfolgreich, laut und bunt. Anti-Atombündnis gestaltet Plakatflächen direkt an der Castorstrecke.

BEGLEITET VON PROTESTEN ROLLTE DER CASTOR DURCH DIE REGION
FOTO: SIMONE HELLER

Getreu dem alten Bewegungsmotto „Gorleben ist überall“ hat der Grüne Ortsverband Burgdorf direkt an der Castortransportstrecke eine bunte und laute Anti-Atomdemo auf die Beine gestellt, an der am 2. November mehr als 200 AtomkraftgegnerInnen teilnahmen. Nach der großen Anti-Atomdemo in Berlin hatten wir die Idee, dem Protest vor Ort einen Rahmen zu geben. Zumal der Castor auch dieses Mal wieder durch Burgdorf rollen sollte und das nicht wirklich im Bewusstsein der Menschen verankert war. Unser Ziel war es von Anfang an, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, über das übliche grüne Spektrum hinaus. Als Anti-Atombündnis mit der SPD ist es uns gelungen, innerhalb von nur drei Wochen viele Menschen zur Teilnahme an unserer Demonstration und zum Protest im Wendland zu mobilisieren. (Danke an Anette für die tolle Gestaltung der Plakate!). Wir haben auch viele Grüne aus unseren Nachbarstädten gesehen, besonders eine große Gruppe aus Isernhagen. Herzlichen Dank für euren Einsatz, liebe Freundinnen und Freunde!
Wir haben nicht nur auf der Straße demonstriert, sondern direkt am Bahnhof zwei große Plakatflächen gemietet, um direkt an der Castorstrecke unsere Botschaft zu platzieren. Unterstützung bekamen wir von den beiden jungen Graffiti-Künstlern Oliver und Felix, die während und nach der Auftaktkundgebung ihre Spraydosen kreativ kreisen ließen. Detlef Knauer, Vorsitzender der Burgdorfer Grünen, sprach sich in seinem Redebeitrag gegen die undemokratische Erkundungsstrategie in Gorleben und gegen den Transport des radioaktiven Atommülls aus, der auf der gefährlichsten Bahnstrecke in Deutschland auch Burgdorf passieren sollte. Auch Birte Lange von der SPD verurteilte die Laufzeitverlängerung. Anschließend verlas Simone Heller, grüne Co-Vorsitzende, ein Grußwort unserer Bundestagabgeordneten Brigitte Pothmer, die den DemonstrantInnen für Ihren Mut und Einsatz dankte und dazu aufrief, das „atomare Abenteuer der Regierung so schnell wie möglich zu beenden“.

Nachdem über 100 selbstgefertigte „Atomkraftwerke“ aus Schokoküssen und Waffelröllchen von den DemonstrantInnen sofort „stillgelegt“ wurden, formierte sich der Protestzug, beleuchtet von selbstgebastelten Laternen in Form von strahlenden Atomfässern, vielen Anti-Atomsonnen und einem gellenden Trillerpfeifkonzert. So setzten über 200 Teilnehmer ein eindrucksvolles Zeichen: Atomkraft? Nein Danke!

SIMONE HELLER
simheller@arcor.de

DETLEF KNAUER
det_knauer@web.de

DEM ERFOLG NICHT DAVON LAUFEN!

Im Grünen Salon wurde über den aktuellen Höhenflug der Grünen diskutiert

Sind die Grünen endgültig auf dem Weg zur Macht oder haben wir es lediglich mit einer Popularitätsblase zu tun? - Diese Frage stand am Anfang einer spannenden Debatte im Grünen Salon der Stiftung Leben und Umwelt. Meine Gäste am 4. November in Hannover waren Bernd Ulrich von der ZEIT und Ralf Fücks, der Chef der Heinrich-Böll-Stiftung. Wohl kaum jemand im hoch interessierten Publikum war mit der Erwartung erschienen, dass es auf diese Frage eine ultimative Antwort gibt. Und der Diskussionsverlauf bestätigte auch sehr schnell, dass die Aspekte des nun schon Monate andauernden grünen Höhenflugs sehr vielschichtig sind.

So sieht Ralf Fücks entscheidende Gründe in der programmatischen Substanz unseres Green New Deal, der im Gegensatz zu den inhaltlichen Angeboten unserer Mitbewerber tatsächlich einen Ausweg aus den Krisen von Klima, Ökonomie und Finanzen weist. Unser WählerInnenspektrum habe sich deshalb deutlich auch in Richtung Wirtschaft und Handwerk verbreitert, weil man dort im großen Stil – siehe den Boom bei den erneuerbaren Energien - von der grünen Politik profitiert.

Auch hält Ralf die sehr konstruktive Rolle, die unsere Partei in einer aktionsorientierten Bewegung wie zum Beispiel „Stuttgart 21“ spielt, für einen triftigen Grund. Dort seien die Grünen die Einzigen, die noch den Dialog zwischen Protestierenden und Parteien aufrecht halten und ihn sogar in Richtung eines Beispiel gebenden Schlichtungsverfahrens organisieren konnten. Die Grünen würden dort als Vertreter der Rationalität

VON LINKS: RALF FÜCKS (HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG), BRIGITTE POTHMER UND BERND ULRICH (DIE ZEIT)

geschätzt. Eher mahnend zeigte sich dagegen der stellvertretende ZEIT-Chefredakteur Bernd Ulrich gegenüber der Zustimmung, die den Grünen aus Kreisen von Stuttgart 21- oder Castor-GegnerInnen zuwächst, weil er in diesen „Wut“-Bewegungen auch sehr viel unspezifischen Universalfrust ausmacht, der unserer Partei in der veränderten Situation als Regierungsverantwortliche allzu schnell auch wieder auf die Füße fallen könne. Gleichwohl zollte der Journalist uns Grünen dafür Anerkennung, dass es uns gelingt, sowohl als Teil der etablierten Politik wie auch als Teil des Protestes auf der Straße im Bewusstsein der Bevölkerung als konstruktive politische Kraft verankert zu sein. Sehr wohl müssten wir es allerdings erst noch lernen, „zu Mehrheiten zu sprechen“.

Insgesamt spielte das Verhältnis zwischen Partei und den Bewegungen eine große Rolle. Unsere gegenwärtige Stärke, gleichermaßen zum Protest zu gehören, wie auch Teil des Politikbetriebs zu sein, gegen den sich der Protest richtet, könnte auf Dauer auch zum großen Problem werden, meinte Bernd Ulrich. Nämlich dann, wenn wir nicht mehr Opposition sind, sondern selbst die Verantwortung tragen; womöglich sogar nicht nur als kleinerer Koaltionspartner.

Einig waren sich jedenfalls die Diskutanten mitsamt dem Publikum, dass es zum Besten des eindrucksvollen Umfragehochs gehört, dass nirgendwo bei den Grünen Selbstüberschätzung und Größenwahn ausgebrochen sind. „Wir bleiben auf dem Teppich, auch wenn er fliegt“ – dieser Satz beschreibt genau die richtige Haltung.

Genau so einig war man sich in der Einschätzung, dass der Test auf die Belastbarkeit der Sympathiewelle dann kommt, wenn aus den Stimmungen in der Momentaufnahme auch Stimmen bei den Wahlen gemacht werden müssen.

Vielleicht noch nicht Volkspartei, aber Erfolgspartei sind die Grünen allemal in diesen Tagen. Und wie sagte es Ralf Fücks so schön im Salon: „Eine Partei kann vor ihren Erfolgen nicht davon laufen“. Das stimmt. Und das war bestimmt nicht so gemeint, dass wir ab sofort unsere Erfolge mehr feiern sollen. Vielmehr schwang da die Frage mit, ob wir tatsächlich gut auf den Fall vorbereitet sind, dass wir mit diesen oder auch nur annähernden Prozentzahlen aus den nächsten Wahlen hervorgehen könnten.

Mehr über die Diskussion im Salon unter www.pothmer.de (unter anderem gibt es dort auch einen ca. 20-minütigen Audio-Mitschnitt der Diskussion zu hören).

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@bundestag.de

IRLAND RETTEN...

... aber nachhaltig und gerecht! - Sven-Christian Kindler über die Grüne Position zur EU-Unterstützung für die Grüne Insel

In der ersten Dezemberwoche wurde bekannt, dass Irland als erstes Land (Griechenland hat einen Sonderrettungsschirm) Hilfe aus dem europäischen Rettungsschirm benötigen würde. Wir Grüne haben das im Bundestag und im Haushaltsausschuss grundsätzlich begrüßt, kritisieren jedoch in Irland das Steuerdumping bei der Körperschaftsteuer, die unsoziale, neoliberale Konsolidierungspolitik und die fehlende Beteiligung der Vermögenden.

Irland, ein scheinbar solide finanzierter Staat, ist in Folge eines überdimensionierten und schlecht regulierten Bankensektors in Folge der Finanzkrise in Bedrängnis geraten. Die irische Regierung hat deshalb die Banken mit Direktzahlungen von bis zu 50 Mrd. Euro und Sicherheiten über 350 Mrd. Euro vor dem Zusammenbruch gerettet. Das wankende irische Bankensystem und das dadurch enorm gewachsene Haushaltsdefizit haben jedoch zu stark steigenden Zinsen für irische Staatsanleihen geführt. Um die erhöhten Finanzierungskosten abzufedern, gibt es ein Rettungspaket mit Finanzhilfen in Höhe von 85 Mrd. Euro, an dem sich Irland selbst, der Internationale Währungsfond, die EU-Kommission, die Euro-Staaten und Großbritannien, Dänemark sowie Schweden beteiligen. Diese Entscheidung ist richtig, da sich Europa nicht dem Druck der Finanzmärkte beugen darf.

Irland hat sich zu einem umfangreichen, insgesamt aber unsozialen und neoliberalen Konsolidierungsprogramm verpflichtet. Bis 2015 sollen 10 Mrd. Euro Ausgaben gekürzt und 5 Mrd. Euro mehr Einnahmen generiert werden. Nach Aussage von Finanzminister Wolfgang Schäuble wäre das auf Deutschland umgerechnet ein Volumen von 225 Mrd. Euro. Gekürzt wird vor allem im Sozialbereich und im öffentlichen Sektor. Die Studiengebühren werden erhöht und zur „Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung" sollen absurderweise der Mindestlohn um 1 Euro gekürzt , die Sanktionen für Arbeitslose verschärft und die Transferleistungen gesenkt werden. Auf der Einnahmeseite sollen die Mehrwertsteuer und die Einkommensteuer erhöht werden. Im Bankenbereich werden die Mindestkapitalanforderungen für Banken angehoben und nicht lebensfähige Banken werden abgewickelt. Eine Beteiligung der Vermögenden an den Lasten der Krise ist nicht geplant und auch die extrem niedrigen Körperschaftsteuern von 12,5Prozent sollen nicht angehoben werden.

Strukturell werden die Probleme in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa weiter nicht konsequent angegangen. Dazu müsste das unfaire Steuerdumping endlich beendet werden, eine schlagkräftige europäische Finanzmarktaufsicht etabliert werden und eine Koordinierung und Kontrolle bei der Haushaltspolitik und der makroökonomischen Entwicklung stattfinden. In Gesprächen mit den Grünen, dem Rat und der Kommission konnten mein Fraktionskollege Manuel Sarrazin und ich Mitte November in Brüssel feststellen, dass die Vorschläge von EU-Kommissar Olli Rehn dazu in die richtige Richtung gehen, aber jetzt auch beschlossen und umgesetzt werden müssen. Europa steht in diesen turbulenten Zeiten am Scheideweg und für mich ist klar: Um diese Krise zu meistern, brauchen wir mehr Europa, auch und vor allem in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler@bundestag.de

FITNESSVORSCHLÄGE ZUR PARTEIENTWICKLUNG

Warum wir noch besser werden können und müssen" - unter dieser Überschrift habe ich für die Landes-Parteiratssitzung im Dezember ein paar Gedanken aufgeschrieben, die ich gern in den Vorständen, bei Parteitreffen oder überall anderswo mit Interessierten diskutieren würde. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass mit den wachsenden Erwartungen an uns Grüne, der wachsenden Zustimmung und den wachsenden Mitgliederzahlen auch die Aufgabenstellung wächst, mehr Mitglieder dafür zu gewinnen, Aktivisten, Funktions- und MandatsträgerInnen zu werden. Ich glaube, dass wir für uns selbst ein politisches Fitnessprogramm aufstellen müssen. Im Mittelpunkt muss die konsequente Verbesserung aller Angebote zur Hilfe und Unterstützung für unsere Kreis- und Ortsverbände stehen. Dafür brauchen wir

- neue Initiativen für die Werbung, Qualifizierung und Einbeziehung neuer Mitglieder,
- ein Konzept für ein Bildungsprogramm für neue Mitglieder
- ein Konzept für die KandidatInnensuche und Qualifizierung
- Tipps und Unterstützung für den Einsatz der neuen Medien
- Pools mit politischen, medialen und künstlerischen Beiträgen, Ideen und Adressen zur Bereicherung der Angebote im Parteileben.

Mein Vorschlag geht in Richtung der Einsetzung eines Koordinationskreises beim Landesvorstand bestehend aus VertreterInnen aller Ebenen. Dieser Kreis sollte mit der Ausarbeitung der oben genannten Konzepte beauftragt werden. Zur Finanzierung dieses Projektes könnte der, auf der BDK in Freiburg beschlossene Bildungssoli, der zu 70 Prozent an die Landesverbände zurückfließen soll, heranzgezogen werden.

Mehr dazu unter: www.pothmer.de und natürlich gern auf Anfrage.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@bundestag.de

SCHUTZ VOR HOCHWASSER

Michael Dette, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion, erläutert die Maßnahmen zum Hochwasserschutz für Hannover.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und zunehmender großer Überschwemmungen, wie 2002 an Elbe und Oder, haben wir Grünen uns bereits im Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2006 für mehr Hochwasservorsorge in Hannover eingesetzt. Wir wollten vorsorgen anstatt es auf enorme Schäden ankommen zu lassen und schließlich weitaus höhere Sanierungskosten zu zahlen. Das Land Niedersachsen sollte darüber hinaus, so unsere Forderung, für eine stärkere Rückhaltung des Hochwassers im Oberlauf von Leine und Ihme und an deren Zuflüssen sorgen. Zusätzlich sahen wir die Notwendigkeit für Maßnahmen im Stadtgebiet, zum Beispiel die Verbreiterung des Ihme-Engpasses an der Benno-Ohnesorg-Brücke.

Da es aber die schwarz-gelbe Landesregierung versäumt hat, für einen mit den Anrainern abgestimmten Hochwasserschutzplan an Leine und Ihme zu sorgen und stattdessen die Verantwortung und die Kosten für den Hochwasserschutz komplett auf die Kommunen abgewälzt hat, bleibt der Stadt Hannover nichts anderes übrig, als auf ihrem eigenem Gebiet tätig zu werden. Untätigkeit wie ihn die Linke mit ihrem Antrag für einen Baustopp am Ihmeufer gefordert hat, können wir uns angesichts der realen Hochwassergefahren, wie man sie 2007 bei den Überschwemmungen an der Innerste und in diesem Jahr an der Neiße wieder erleben musste, nicht leisten.

Nicht zuletzt auf Initiative der grünen Ratsfraktion hat die Stadtverwaltung daher ein Hochwasserschutzprogramm entwickelt, um Hannover auch vor einem „HQ 100“, dem so genannten hundertjährlichen Hochwasser, zu schützen. Zu den Maßnahmen, um die durch Hochwasser besonders gefährdeten Teile der Calenberger Neustadt, Lindens, Döhrens, der Südstadt und Ricklingens zu schützen, gehören die Verlängerung des Ricklinger Deiches nach Süden sowie die Verbreiterung des Ihme-Engpasses durch den Neubau der Benno-Ohnesorg-Brücke und die Vorlandabgrabungen an der Ihme zwischen Legionsbrücke und Leinertbrücke. Die Hochwasserschutzmaßnahmen sollen bis 2012 abgeschlossen werden. Sie werden inklusive der ohnehin notwendigen Bodensanierung auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes Glocksee ca. 30 Millionen Euro kosten.

Nach dem Jahrhunderthochwasser von 1946, bei dem weite Teile von Ricklingen unter Wasser standen, wurde bis 1954 der heutige Ricklinger Deich fertig gestellt, der seitdem die Ricklinger Bevölkerung vor Hochwasser schützt. Die Verbreiterung des Ihme-Engpasses wird wesentlich dazu beitragen, den Wasserpegel in Ricklingen bei Hochwasser zu senken. Bei einem „HQ 100“ besteht dennoch die Gefahr, dass das Wasser den jetzigen Deich von Süden umströmt und in das Siedlungsgebiet einfließt. Um diese Gefahr zukünftig auszuschließen, soll die Deichlücke zwischen dem gegenwärtigen Deichende am Edelhof in Ricklingen und dem Südschnellweg geschlossen werden. Die Deichverlängerung soll dabei möglichst bebauungsnah erfolgen, um die Eingriffe in Natur und Landschaft zu minimieren. Baubeginn ist 2011, gegenwärtig läuft das Planfeststellungsverfahren.

Neben der Deichverlängerung in Ricklingen liegt der Schwerpunkt der Hochwasserschutzmaßnahmen in Hannover an der Ihme im Bereich zwischen Leinert- und Legionsbrücke. Aufgrund des zu engen Abflussquerschnittes der Ihme in diesem Bereich staut sich hier das Wasser. Durch den Aufstau des Wassers besteht derzeit noch die Gefahr, dass bei einem hundertjährlichen Hochwasser die vorhandenen Schutzanlagen nicht ausreichen und Teile der Stadt überflutet werden. Ziel des städtischen Hochwasserschutzprogramms ist es daher, den Wasserspiegel bei einem Extremhochwasser durch die Beseitigung des Ihme-Engpasses zu senken. Ein Teil dieses Engpasses war die alte Benno-Ohnesorg-Brücke. Während die Legionsbrücke, die Ida-Ahrenhold-Brücke und die Leinertbrücke bereits für ein „HQ 100“ ausgelegt wurden, bildete die alte Benno-Ohnesorg-Brücke von 1912 weiter einen Abflussengpass bei Hochwasser. Mit dem im April 2008 begonnenen Neubau wird nun die Stützweite der Brücke von ehemals 46 auf 67 Meter verlängert und dadurch der Hochwasserabfluss verbessert. Die neue Benno-Ohnesorg-Brücke soll bis Ende 2011 fertig gestellt werden.

In Verbindung mit dem Neubau der Benno-Ohnesorg-Brücke soll durch Abgrabungen am östlichen Ufer der Ihme auf etwa 900 Meter Länge eine Aufweitung des Abflussquerschnitts bei Hochwasser erreicht werden. Die Uferabgrabung werden dabei zwischen 1,5 Meter südlich der Benno-Ohnesorg-Brücke und 4 Meter südlich der Leinertbrücke betragen. Hierdurch soll das Wasser mehr Platz erhalten, um den Wasserspiegel bei Hochwasser stromaufwärts abzusenken. Die Abgrabungen sollen 2011 beginnen, gegenwärtig läuft auch hier das Planfeststellungsverfahren.

Bevor die Vorlandabgrabungen am Ihmeufer beginnen können, müssen, unabhängig vom Hochwasserschutz, die belasteten Böden im Bereich des ehemaligen Gaswerks Glocksee saniert werden. Untersuchungen des Geländes haben typische Gaswerksschadstoffe wie polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Phenole, Zyanide und andere Stoffe in teilweise hohen Konzentrationen nachgewiesen. Mit der Bodensanierung in den nächsten Monaten sollen Gefährdungen für die Ihme und das Grundwasser ausgeschlossen werden.

Dabei bedauern wir es als Grüne sehr, dass aufgrund der umfangreichen Abgrabungen und der Altlastensanierung eine beliebte Grünfläche ausgebaggert und die Mehrzahl der vorhandenen Gehölze entfernt werden muss. Allein für den Austausch von belasteten Böden mussten bereits rund 100 Bäume und Gehölze auf einem rund 1,7 Hektar großen Gelände weichen. Wir halten dies jedoch angesichts der Hochwassergefahren und der Gefahren durch die giftigen Schadstoffe für vertretbar, zumal die Ausgleichsmaßnahmen für die gefällten Gehölze in die hochwertige Gestaltung der neuen Grünfläche integriert, beziehungsweise an anderer Stelle kompensiert werden. Dass die BürgerInnen insbesondere aus der Calenberger Neustadt und Linden von diesem massiven Engriff nicht begeistert sind, ist dabei für uns nur allzu verständlich. Kein Verständnis haben wir jedoch für die Sachbeschädigungen und Brandstiftungen auf dem Sanierungsgelände und aufs schärfste verurteilen wir die Bedrohung von Wachleuten an der Baustelle. Dies sind keine legitimen Protestformen gegen zugegebenermaßen unpopuläre aber dennoch notwendige Maßnahmen zum Schutz der hannoverschen Bevölkerung.

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de

BDK IN FREIBURG

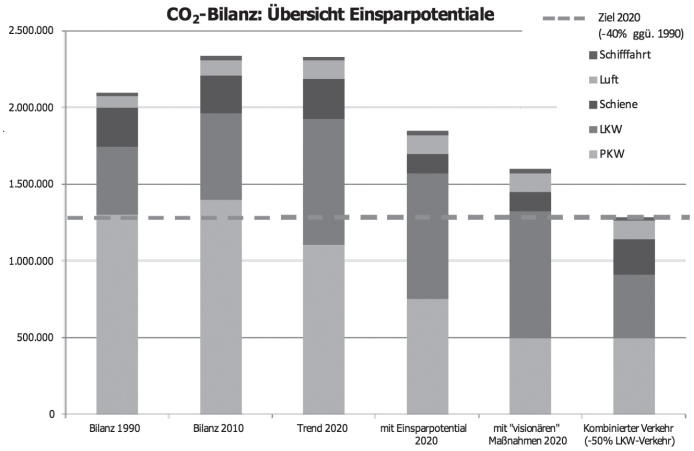
Mit 15 Delegierten stellte der Grüne Regionsverband Hannover auf der BDK in Freiburg am 19. bis 21. November die größte Delegation. Neben einigen Änderungsanträgen zur Gesundheits- und Kommunalpolitik wurden aus unseren Reihen auch zwei eigenständige Anträge initiiert. Hans Jürgen Pein vertrat den OV Ronnenberg und dessen Antrag zum Thema "Bäuerliche Tierhaltung statt Massentierproduktion", Dorota Szymanska aus Barsinghausen war als Mitglied der LAG Migration für den Antrag „Für ein starkes Einwanderungsland Deutschland: Demokratie stärken - Rassismus konsequent bekämpfen“ mitverantwortlich.

Beide Anträge wurden vorab in der Antragskommission diskutiert. Der Antrag des OV Ronnenberg wurde zurückgezogen und wird stattdessen der Bundestagsfraktion vorgelegt, der Antrag der BAG Migration und Flucht wurde mit dem Antrag „Für die Wiederherstellung der Vernunft in der Integrationspolitik“ von Cem Özdemir und anderen geeinigt und von der BDK beschlossen.

MINUS 51 PROZENT

Eine Einsparung von 51 Pronzent des CO2-Ausstoßes im Verkehrsbereich: Kann das gelingen? Von Meike Schümer, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen Regionsfraktion.

Die Region Hannover hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2020 soll im Vergleich zu 1990 der CO2-Ausstoß um 40 Prozent reduziert werden. Um aufgezeigt zu bekommen, wie dieses Ziel im Verkehrsbereich erreichbar sein könnte, haben wir die Regionsverwaltung gebeten in Zusammenarbeit mit den 21 regionsangehörigen Kommunen und dem Land einen Verkehrsentwicklungsplan zu erarbeiten. Zunächst wurde noch einmal genau berechnet, wie die Entwicklung im Verkehrsbereich seit 1990 war. Dabei ist leider herausgekommen, dass die CO2-Emissionen in diesem Bereich anders als in anderen sogar noch um 11 Prozent zugenommen haben, was bedeutet, dass sogar 51 Prozent eingespart werden müssen. Im nächsten Schritt wurden (fast) alle denkbaren Maßnahmen die dazu dienen könnten Verkehr zu vermeiden, zu verlagern und klimaverträglicher abzuwickeln daraufhin untersucht, was sie effektiv an Einsparungen bringen könnten. Das Ergebnis ist erstaunlich. Bisher haben wir uns immer sehr viel von Infrastrukturausbau, sprich Stadtbahnverlängerungen versprochen. Was auch sicher nicht ganz falsch war, denn viele andere Regionen in Deutschland beneiden uns auch um unser Stadtbahnnetz. Aber nun scheinen wir, was die Fahrgastzuwächse durch diese Maßnahmen angeht, an unsere Grenzen zu kommen. Denn laut den Berechnungen würden eine Regionalstadtbahn, eine Stadtbahnringlinie und eine Schnellbustrasse entlang der A2 nur ein Prozent CO2-Einsparung bringen. Aber es gibt noch andere Überraschungen: Würde der Strom für Stadtbahnen und den schienengebundenen Personennahverkehr aus regenerativen Energiequellen kommen und alle Busse im Stadtnetz von Hannover mit Hybridantrieb fahren, könnten 12 Prozent CO2 eingespart werden.



BEIM CO2-AUSSTOSS GIBT ES REICHLICH EINSPARPOTENZIAL.
GRAFIK: VERKEHRSENTWICKLUNGSPLAN PRO KLIMA, GERTZ GUTSCHE RÜMENAPP IM AUFTRAG DER REGION HANNOVER, FACHBEREICH VERKEHR

AUF'S AUTO VERZICHTEN!

Abgesehen von dieser Maßnahme geht es den meisten anderen Maßnahmen natürlich darum, wie wir die Menschen dazu bringen können sich möglichst wenig oder noch besser gar nicht mit dem Auto fort zu bewegen. Mit den positiven Nebeneffekten: weniger Feinstaub und Stickoxid und Lärm und einer Zurückgewinnung von Raum. Ein großes Potential (Minus 10 Prozent) steckt im Bereich der Nahmobilität. (Ich wollte es ja nicht glauben, aber es gibt sie wirklich, die Menschen die zum Bioladen um die Ecke mit dem Auto fahren.) Das heißt wir müssen den Fuß- und Radverkehr konsequent stärken. Konkret bedeutet das, dass wir, und damit meine ich sowohl die Kommunen als auch die Region, noch viel mehr als bisher in Radwege und Abstellanlagen investieren müssen. Anders als die CDU und FDP, die ja in der Grünen Welle für Autofahrer die Lösung all unserer Probleme sehen, sollten wir dafür Sorge tragen, dass alle VerkehrsteilnehmerInnen und eben insbesondere auch jene die sich klimafreundlich fortbewegen, bei Ampelschaltungen berücksichtigt werden. Aber natürlich müssen wir die Menschen nichts nur auf's Rad sondern auch in die Bahnen und Busse bringen.

Dies kann durch noch mehr attraktive Tarifangebote (bessere Kundenbindung) aber auch durch Taktverdichtungen im Schienenpersonennahverkehr und bei der Stadtbahn geschafft werden. Aber es geht nicht nur darum, klimafreundliche Verkehrsmittel attraktiver zu machen (sogenannter pull- Effekt) Autofahren muss auch unattraktiver werden (push- Effekt). Ist es nicht nur gerecht, wenn diejenigen, die für 84 Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich sind auch ihren Beitrag dazu leisten, den Umweltverbund auszubauen? Zumal es ja jeder/m freisteht die in Zukunft noch attraktiveren Angebote zu nutzen. Wer sich ein Auto leisten kann, wird sich auch eine Monatskarte leisten können. Zu den eher sanften Maßnahmen, Menschen zum Umsteigen zu bewegen gehört die Verteuerung (Ein Euro mehr pro Parkvorgang in der Innenstadt von Hannover bedeutet drei Prozent weniger CO2) und natürlich auch Verknappung von Parkraum (wurde nicht berechnet). Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass es mir nicht nur um die Landeshauptstadt geht. Auch im Umland sind die Möglichkeiten der Parkraumbewirtschaftung zu überprüfen. Denn wer zum Beispiel den Preis eines Einzeltickets für eine Stunde parken zahlen muss, wird sich wohl überlegen ob es nicht sinnvoller ist, gleich in Bus oder Bahn zu steigen.

VISONÄRE MASSNAHMEN

Bei der Untersuchung zum Verkehrsentwicklungsplan wurden aber auch visionäre Maßnahmen auf ihr Einsparpotential hin betrachtet. Ich möchte mich hier auf die zwei denkbaren wesentlichen Maßnahmen beschränken. Erstens die Einführung einer Citymaut. London, Oslo, Mailand und viele weitere Städte haben sie eingeführt mit zum Teil großem Erfolg. In London zum Beispiel, hat sich der motorisierte Individualverkehr um ein Drittel reduziert, die Einfahrt in die Innenstadt kostet dort allerdings auch 8 Pfund. Bei der Citymaut für die Innenstadt von Hannover wurde von 2 Euro für die Einfahrt in die Umweltzone ausgegangen, wie ich finde ein recht geringer Preis, ein Tagesticket kostet ja immerhin 4,20 Euro. Dementsprechend relativ gering fällt auch die angenommene CO2-Einsparung aus, nämlich 6 Prozent.

In ganz andere Dimensionen würden wir mit der Einführung einer Regiomaut kommen. Zugegebenermaßen eine noch visionärere Maßnahme, die jedoch zu einer Einsparung von 29 Prozent führen würde. Die Idee, die dahinter steckt ist, dass bei jeder Fahrt in der Region je nach Entfernung (analog zu den Tarifzonen im ÖPNV) eine Zahlung fällig wird. Dadurch ließen sich dann auch die Maßnahmen finanzieren über die ich zu Beginn berichtet habe und deren Finanzierbarkeit angesichts der finanziellen Lage der Region zur Zeit unklar ist.

PROBLEM LKW-VERKEHR

Letztendlich ist es aber leider so, dass wir auch wenn wir all die visionären und nicht ganz so visionären Maßnahmen umsetzen würden, nicht die 51 Prozent CO2- Einsparung bis 2020 schaffen würden, weil der LKW-Verkehr zunehmen wird, wenn sich der Trend fortsetzt. Nur wenn sich der LKW-Verkehr um 50 Prozent reduzieren würde und alle, auch die visionären Maßnahmen umgesetzt würden, wäre das Einsparziel zu erreichen.

Leider hat die Region auf den LKW-Verkehr nur einen sehr geringen Einfluss. Das bedeutet, dass auch auf Landes- und Bundesebene und sogar in Europa die Weichen grundsätzlich anders gestellt werden müssen. Wir brauchen mehr als nur Lippenbekenntnisse unserer „Klimakanzlerin".

Eines steht für mich fest: Auch wenn unser Ziel nur sehr schwer zu erreichen sein wird, dürfen wir uns auf keinen Fall vorschnell davon verabschieden. Viel mehr müssen wir eine offene Diskussion auch über unbequeme Maßnahmen führen.

MEIKE SCHÜMER
meike.schuemer
@web.de

AUS DEM BUNDESTAG

MERKELS „HERBST DER ENTSCHEIDUNGEN“

Versprechen oder Drohung? Die Kanzlerin hatte es angekündigt. Und tatsächlich: jetzt wird durchregiert – auf Teufel komm raus und ohne Sinn und Verstand. Atomlaufzeiten, Regelsätze und Haushalt: Die Beschlüsse von Union und FDP schaden der Umwelt, spalten die Gesellschaft und richten sich gegen die Mehrheit der Menschen in unserem Land. Dabei wird - wie im Fall der AKW-Laufzeitverlängerung - der Bundesrat umgangen und die Abgeordneten von Union und FDP lassen sich dafür zu willfährigen Handlangern degradieren. Selbst Norbert Lammert, Bundestagspräsident und CDU-Abgeordneter, hat dieses Vorgehen als „kein Glanzstück der Parlamentsarbeit“ kritisiert und den „Verdacht mangelnder Sorgfalt“ geäußert. Das hat gesessen!

Nicht nur ohne Bundesrat, sondern auch ohne ordnungsgemäßes Beratungsverfahren im Bundestag wurde die Laufzeitverlängerung durchgepeitscht. Im Umweltausschuss haben Union und FDP das Recht der Grünen-Fraktion, Änderungsanträge einzubringen, ausgehebelt. Es wird Frau Merkel nicht helfen.

ATOMKONZERNE PROFITIEREN - ERNEUERBARE VERLIEREN

Mit der Laufzeitverlängerung werden die erneuerbaren Energien ausgebremst und der Strahlenmüll vermehrt. Gleichzeitig wird in Gorleben unter Androhung von Enteignungen der Schwarzbau Atommüllendlager vorangetrieben. Das ist Energiepolitik von gestern, zukunfts- und technologiefeindlich und gefährlich.

Diese Politik schreit förmlich nach Protest und zivilem Ungehorsam. Die Mehrheit der Deutschen ist gegen die Laufzeitverlängerung und immer mehr BürgerInnen nehmen an Aktionen und Demonstrationen gegen Atom teil. Die vielen Menschen, die im Wendland gegen den Castortransport Flagge gezeigt haben, haben dies noch einmal eindrucksvoll demonstriert.

ARBEITSLOSE UND FAMILIEN TRAGEN DIE HAUPTLAST

Der Haushalt von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen ist ein Paradebeispiel für verschärfte soziale Spaltung: Wer keinen Job findet, wird mit fünf Euro mehr bei Hartz IV abgespeist. Für Kinder gibt es nur ein Billig-Bildungspaket. Hartz IV-Familien wird das Elterngeld gestrichen und für Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen gibt es keinen Rentenzuschuss mehr. Es kommt aber noch schlimmer: gekürzt wird auch bei den Mitteln für die Eingliederung in Arbeit und bei den Jobcentern; das zementiert die Sockelarbeitslosigkeit. Ein Doppelfehler: zum einen wird der Haushalt weiter belastet, weil die Job-Chancen für Arbeitsuchende angesichts weniger Beratung und Qualifizierung weiter sinken. Es bleibt damit bei hoher Arbeitslosigkeit, während zum anderen der Fachkräftemangel verschärft wird.

TEURE REKLAME MIT FALSCHEN ZAHLEN

Die Gebote der Stunde wären Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung. Stattdessen wird bei den Arbeitsuchenden gekürzt, die Bundesagentur für Arbeit auf Sparflamme gesetzt und das Geld für teure Propaganda-Aktionen verpulvert. „Weniger als 3 Millionen Arbeitslose“ schreit es dieser Tage auch in Hannover von Plakaten der Bundesregierung. Kostenpunkt der Reklame: mehr als eine dreiviertel Million Euro. Schlimmer noch als das verplemperte Geld ist aber, dass die Zahl der Arbeitslosen viel höher liegt. Mindestens vier Millionen Menschen sind derzeit ohne Arbeit. Eine Million hat man einfach aus der Statistik verschwinden lassen. Sie werden von Privaten vermittelt, sind älter und haben lange kein Jobangebot bekommen oder sind schlicht am Stichtag krank gewesen. Diese Werbekampagne dokumentiert vor allem eins: Mit den Millionen nimmt es Schwarz-Gelb nicht so genau – weder beim Geld noch bei der Statistik.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@bundestag.de
Tel.: 030 227-74527

DIE STRASSE ZURÜCKEROBERN

Bericht von der verkehrspolitischen Kunstaktion PARK(ing) Day in Hannover-Nord

DIE STADTTEILGRUPPE NORD BEIM PICKNICK IN DER PARKLÜCKE.
FOTO: JULIA CHIABUDINI

Am 17. September findet seit 2005 der PARK(ing) Day statt. An diesem Tag erobern in Städten rund um den Globus alle, die Lust haben auf angenehme Innenstädte mit wenig Autoverkehr, Parknischen und verwandeln sie in kleine grüne Oasen. Dazu verwenden sie zum Beispiel Rollrasen, Blumenkübel, Liegestühle oder Picknickdecken. Die Idee stammt von der Künstlergruppe REBAR, die vor fünf Jahren mit einer Parknische in Los Angeles begann und ihre Erfahrungen online stellte und begeisterte NachahmerInnen fand. 2009 gab es den PARK(ing) Day bereits in über 700 Parknischen in 140 Städten. 2010 fand er auch in Hannover statt: Die Grüne Stadtteilgruppe Nord belegte von 11:30 bis 18:00 Uhr eine Parkbucht Nähe Engelbosteler Damm / Scheffelstraße. Unsere Botschaft lautete: Wir können mit dem öffentlichen Raum und speziell mit dem Engelbosteler Damm als Lebensader der Nordstadt schönere Dinge anfangen, als zahllose Autos abzustellen.

In freundlicher Gesellschaft eines Gartenzwergs und auf den heimischen Balkonstühlen, mit Milchkaffee, Hörnchen und Krimi ausgerüstet, parkte zunächst Stadtteilgruppen-Sprecher Michael Demus aktiv vor sich hin und genoss die verblüfften und amüsierten Blicke der PassantInnen. Am Nachmittag stießen weitere Nord-Mitglieder dazu.

Auch ein Streifenwagen der Polizei hielt kurz, die Beamten fragten sehr erstaunt, was das denn werde, hörten unsere Erklärung und wünschten viel Spaß. Bei den zahlreich erschienenen JournalistInnen nutzten wir die Gelegenheit, um auf die Verkehrssituation aufmerksam zu machen, die aus unserer Sicht noch lange nicht das Optimum darstellt: Die Fahrbahn ist seit der Sanierung vor ca. 10 Jahren nach städtebaulichen Maßstäben ganze 80 cm zu schmal, um Fahrradstreifen einzurichten Andererseits ist sie aber so breit, dass sich kaum ein Autofahrer an das Tempolimit von 30 km/h hält. Das macht den E-Damm für viele RadfahrerInnen zu einer unangenehmen Strecke, auf der sie sich gefährdet fühlen. Wir schlagen vor, möglichst viele Parkplätze durch teilAuto-Stationen zu ersetzen, wie 2008 vom Rat beschlossen. Dieser Beschluss muss von der Verwaltung nun zügig umgesetzt werden. Eine konsequente Kontrolle des Tempo-30-Gebots und eine Umleitung des Durchgangsverkehrs vom Cityring am Klagesmarkt in Richtung Hainholz und Vahrenwald würde die Situation weiter entschärfen und für RadfahrerInnen erträglicher machen.

Weitere Infos: parkingday.org

MICHAEL DEMUS
michael.demus
@gmx.de

DER TRAUM VOM FRIEDEN

Diskussion zur Situation in Afghanistan bei Kargah e.V.

VON LINKS: SVEN-CHRISTIAN KINDLER, FRIEDERIKE KÄMPFE UND ELIJAH ESCOBAR

Zwei lange Jahre war Elijah Escobar auf der Flucht. Zu Fuß musste er Afghanistan als 12-jähriger verlassen, kämpfte sich durch bitterkalte russische Winter und gelangte schließlich nach Deutschland. In Leipzig landete er in einem AsylbewerberInnenheim, wurde mehrfach von Nazis verfolgt und verprügelt. Heute ist Elijah 24 Jahre alt, lebt in Hamburg und Hannover, studiert Psychologie und Wirtschaft, rappt in drei verschiedenen Sprachen, produziert Musikvideos und spielt den Hauptdarsteller im Theaterstück „Tariqs Auftrag". In dem Stück spielt Elijah seine eigene Lebensgeschichte. Am 17. November hatte ich Elijah nach Hannover eingeladen, um mit ihm in den Räumen von Kargah e.V. über die politische Lage in Afghanistan zu diskutieren. Friederike Kämpfe, die als Vorsitzende des Grünen Stadtverbandes die Veranstaltung moderierte, warf Fragen nach dem Verlauf des Krieges in Afghanistan, der Position der Grünen Bundestagsfraktion und möglichen Friedensperspektiven für das Land auf. Die Bilanz nach neun Jahren Afghanistankrieg ist bisher bescheiden: Korruption, mangelnde Staatlichkeit, schlechte Infrastruktur, Misswirtschaft und vor allem das Wiedererstarken von Aufständischen und der Taliban im Süden und Südosten des Landes hemmen die Aufbauarbeit. Darunter leidet unmittelbar die Zivilbevölkerung des Landes. Als Grüne fordern wir vehement einen konsequenten Strategiewechsel in Afghanistan, der einen Kurswechsel von einem schrittweisen Abzug internationaler Truppen hin zu einer verstärkten zivilen Aufbauoffensive beinhaltet. Außerdem muss der Aufbau der Polizei und einer rechtsstaatlichen Justiz intensiviert werden. Da die aktuellen Afghanistan-Mandate aber im Gegensatz dazu eher zu einer Verschärfung des militärischen Konflikts führen, habe ich - auch wenn ich nicht für einen Sofortabzug bin - sowohl das Mandat „Operation Enduring Freedom (OEF)" als auch das ISAF-Mandat bei der Abstimmung im Bundestag abgelehnt. Die zentrale politische Herausforderung besteht nun darin, wie die militanten oppositionellen Kräfte wie Warlords und Taliban eingebunden werden können, ohne dass Menschen- und BürgerInnenrechte, insbesondere Frauenrechte, auf der Strecke bleiben. Im Rahmen der Veranstaltung bei Kargah e.V. entwickelte sich eine kontroverse Debatte. Zur Forderung von VertreterInnen des Friedensbüros Hannover nach einem sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan äußerte sich Elijah Escobar klar und deutlich: „Ich wünsche mir nichts sehnlicher als Frieden, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für meine Heimat, aber wenn von heute auf morgen alle internationalen Streitkräfte aus Afghanistan abgezogen werden, dann versinkt Afghanistan im Chaos und Bürgerkrieg."

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler
@bundestag.de

AUS DEM LANDTAG

SCHWARZ-GELB: AMTSMÜDE UND VERBRAUCHT

Trotz guter Bewertung von David McAllister, als neuer „jung-dynamischer Landesvater" durch die eigenen Leute (unter den Blinden wird der Einäugige halt immer noch schnell zum König) und unerwartet erfreulicher Wirtschafts- und Finanzdaten stellt sich keine Aufbruchstimmung bei der Regierungskoalition ein. Es rumpelt und rumort weiter an allen Ecken. CDU und FDP sind offensichtlich amtsmüde und verbraucht…

Viel Ärger um die Ideen zur neuen „Oberschule", immer mehr aufgedeckte Probleme in der Massentierhaltung, kein Entgegenkommen des Bundes bei den Castorkosten. Es läuft wenig rund. Besonders blamiert hat sich aktuell Finanzminister Möllring. Er polemisierte erst auf öffentlichen Veranstaltungen gegen die hannoverschen BürgerInnen, um anschließend plump die milliardenschwere Landesbeteiligungsgesellschaft aus Steuersparnisgründen von Hannover in ein Emslanddorf auszusiedeln. Wer so einen Finanzminister hat, braucht sich über den Hang zu „Schweizer Konten" bei normalen SteuerzahlerInnen nicht mehr zu wundern…

AUF WELCHE SCHIENEN SOLLEN DIE GÜTER?

Etwas Luft sollte die Botschaft aus Berlin zur Mitfinanzierung der Schienenanbindung des Jade Weser Port bringen, aber als klar wurde, dass das Geld nur für 10 km zweigleisigen Ausbau auf der über 40 Kilometer langen Strecke reicht und deshalb die allermeisten Anlieger in Zukunft mit deutlich mehr Güterverkehr ohne Lärmschutz zu leiden haben werden, wurde aus der Erfolgsmeldung das Gegenteil.

Noch ambivalenter waren die unglaublichen neuen Zahlen aus Berlin zur sprunghaft angestiegenen Wirtschaftlichkeit der umstrittenen neuen Y-Trasse. Nun soll sie also dem Güterverkehr dienen und deshalb nicht mehr nur durch den Hauptbahnhof, sondern auch an Hannover vorbei, durch die gut betuchten Siedlungsgebiete im Nordosten geführt werden. Klar, dass ein typischer Vertreter der „Dagegen-Partei" CDU, Burgwedels Bürgermeister Hoppenstedt, gleich klar machte, das in seiner Gemeinde so was nicht zumutbar sei. Das findet mit etwas anderen Argumenten auch Enno, denn ohne aktualisierte Kostenrechnung, ein überzeugendes Betriebskonzept und vor allem eine verträgliche Linienführung bleibt der Ausbau im Bestand immer noch die deutlich günstigere und effizientere Wahl als das Y.

AUSBILDUNGSPLÄTZE WERDEN 2011 KNAPP

Ganz ausblenden will die Landesregierung ihre Verantwortung für ein selbst verschuldetes großes Problem für viele junge SchulabgängerInnen im kommenden Jahr. Niedersachsens Jugendliche haben 2011 die Doppellast aus doppeltem Abiturjahrgang mit 25.000 zusätzlichen AbiturientInnen und Wegfall von Wehrpflicht und Zivildienst (bisher 15.000 belegte Plätze pro Jahr in Niedersachsen) auszubaden. Der Verdrängungswettbewerb um die ersehnte Berufsausbildung wird nach aller Voraussicht von oben nach unten durchgereicht, warnt Enno. Weil die zusätzlichen Studienplätze nicht reichen, würden überproportional viele AbiturientInnen in den Ausbildungsbereich drängen. Dort werden die Jugendlichen mit den schwächeren Abschlüssen von den Hauptschulen und die 20.000 jungen Leute, die aus den Vorjahren noch im Übergangssystem auf ihre Chance auf einen Ausbildungsplatz warten, das Nachsehen haben. Enno hat deshalb in den Haushaltsberatungen Alarm geschlagen und ein Sonderprogramm von Bund und Land für zusätzliche Ausbildungsplätze gefordert. Bisher leider ohne Erfolg. Im Gegenteil. Für das kommende Jahr stehen drastische Kürzungen bei der Arbeitsförderung von Bund und Land an. Dieses Thema sollte auch vor Ort von uns Grünen intensiv weiter begleitet werden, damit wir reagieren, bevor sich Demotivation und Frust bei den Betroffenen breit machen.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308

VERKEHRSPOLITISCHER WORKSHOP 11-16

Die Verkehrs-AG hat in einem Workshop ihr Wahlprogramm erarbeitet. Spannend für die grünen und grünnahen Verkehrsinteressierten waren die Erkenntnisse zur CO2-Bilanz. Der Teamleiter für Verkehrsentwicklung, Klaus Geschwinder, machte am Verkehrsentwicklungsplan „proKlima“ deutlich, dass für den Klimaschutz Verlängerungen von Stadtbahnlinien weniger von Bedeutung sind als Taktverdichtung oder verstärktes Marketing. Als Verkehrs- und Sozialpolitikerin betonte Meike Schümer: Frauen und Männer, SchülerInnen und SeniorInnen, mit Gepäck, Kinderwagen und Rollstuhl - Alle sollen bei grüner Verkehrsplanung berücksichtigt werden.
Die kreative Zusammenarbeit brachte neue Ideen und zeigte das ganze Spektrum von Mobilität. Die TeilnehmerInnen wollen die Chancen einer Regiomaut prüfen lassen. Der Einsatz von E-Mobilität wurde kontrovers diskutiert. Soviel ist schon klar: Die Basis muss erneuerbare Energie sein. Und alle waren sich einig: Ein Workshop ist empfehlenswert!

ABFALLGEBÜHREN

Die Diskussionen um Abfallgebühren sind hochemotional. Sack- und Tonnenabfuhr werden heute unterschiedlich finanziert. Während im Umland eine Grundgebühr anfällt, und je nach Müllmenge zusätzlich für die Säcke, wird in der Stadt Hannover je nach Tonnenvolumen eine Gebühr kassiert. Ist der Sack zu teuer landet der Müll in der Landschaft - ist die Gebühr der Tonne andererseits zu günstig, ist der Anreiz Abfall zu vermeiden zu gering.

Rot-Grün in der Region will zur nächsten Gebührenkalkulation das Gebührensystem überarbeiten. Vor 2013 gibt es keine Änderung in der Müllabfuhr.

Wir wollen ein System, das Anreize zu umweltbewusstem Verhalten durch Abfallvermeidung und -recycling unterstützt und größtmögliche Gerechtigkeit schafft. Der hohe Dienstleistungsstandard (z.B. kostenfreie Wertstoffhöfe und Spermüll), soll beibehalten werden. Sack- und Behälterabfuhr sind (bis dahin) beizubehalten. Eine Ausweitung der Behälterabfuhr auf freiwilliger Basis ist noch zu prüfen.

PROJEKT LEINEBOGEN WIRD ABGELEHNT

Seit rund drei Monaten wabert die private Idee des sog. „Leine-Bogens“ durch die Zeitungsspalten vornehmlich der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Nordwestlich von Hannover sollen demnach rund 900 Hektar weitgehend naturnaher und großteils geschützter Flächen zwischen Herrenhausen und Seelze-Gümmer überflutet werden. Die neu entstehenden Ufergrundstücke sollen für Wohnungsbau, Jachthäfen und andere Freizeitnutzungen lukrativ „verwertet“ und die öffentliche Hand mit einem dreistelligen Millionenbetrag zur Kasse gebeten werden.
Rot-grün hat jetzt gemeinsam festgehalten, dass der dahinter stehende Grundansatz „der totalen Veränderung der heimischen, charakteristischen Natur- und Kulturlandschaft abgelehnt wird“ und es nicht sinnvoll ist, hierfür Kapazitäten der Regionsverwaltung zu binden.

UMWELTPOLITISCHER WORKSHOP 11-16

Die Umwelt-AG erarbeitete gemeinsam ihr Wahlprogramm. Brigitte Nieße, klimaschutzpolitische Sprecherin und Ulrich Schmersow, der umweltpolitischer Sprecher führten mit ihren Vorschlägen ein. Im Bereich Klimaschutz betonten sie vor allem die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit. Die Regionsverwaltung muss in den kommenden Jahren ihre Gebäude energetisch sanieren, hierfür ist aus Sicht der AG mehr Geld für Investitionen notwendig. Die Neuschaffung von CO2-Senken ist Aufgabe Grüner Politik, denn alte Wälder und wieder vernässte Moore dienen sowohl dem Klimaschutz als auch der biologischen Vielfalt. Neben dem Schutz von Pflanzen und Tieren ging es um die Bedeutung der Landwirtschaft. Die Förderung bäuerlicher Landwirtschaft wird ein grünes Ziel im Wahlprogramm 11-16.

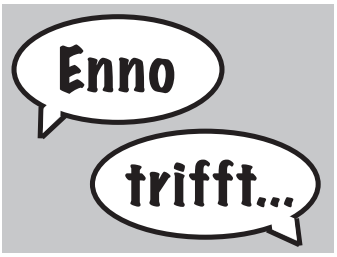
EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

WERKHEIM E.V.

Enno Hagenah diskutierte beim Besuch des Werkheim e.V. über die Situation von wohnungslosen Männern in der Region Hannover.

KURT THEBES UND ANDREAS SONNENBERG VOM WERKHEIM E.V. IM GESPRÄCH MIT ENNO HAGENAH

Den klassischen Tippelbruder, der frei und unabhängig durch die Lande zieht, gibt es heute nicht mehr. Das ist ein Mythos.“ Der Wohnungslose von heute kommt aus der Region, ist seit einigen Jahren zunehmend jünger – und immer häufiger weiblichen Geschlechts. Das berichtete Andreas Sonnenberg, Abteilungsleiter der Sozialarbeit. Gemeinsam mit Jörg Matthaei, dem Vorstand der Einrichtung, und Kurt Thebes, Mitarbeiter in der Dauerwohnabteilung, empfing er Enno bei seinem Besuch am 24. November im Werkheim e.V. an der Büttnerstraße.



Der Werkheim e.V. arbeitet als eine kirchliche Einrichtung der Sozialhilfe und bietet wohnungslosen Männern neben Unterkunft und Verpflegung ein umfangreiches Beratungs- und Unterstützungsangebot. Insgesamt 164 Einzelzimmerplätze hält der Werkheim e.V. vor. Hinzu kommen weitere 50 Plätze im Bereich der Langzeithilfe für Männer, die in der Regel zwischen 55 und 65 Jahre alt sind und dauerhaft dort wohnen.

Der Regelaufenthalt der Menschen, die beim Werkheim e.V. landen, ist ein Jahr. Die Einrichtung versucht, diesen Menschen eine feste Struktur zu bieten, ihnen eine Wohnung zu vermitteln und sie ein stückweit zurück in die Gesellschaft zu integrieren. Dazu werden die Männer in weiterführende Hilfen und Berufsqualifizierungsmaßnahmen vermittelt.

Die Erfolgsquote der Einrichtung liegt bei beachtlichen 50 Prozent. ¼ der aufgenommenen Personen kommen anschließend wieder in einer eigenen Wohnung unter, ¼ nehmen weiterführende Hilfen an. Denn in der Regel kommen zur Wohnungs- und Arbeitslosigkeit weitere Probleme psychischer Art und/oder Alkohol- und Drogenmißbrauch hinzu. Eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist daher die absolute Ausnahme.

Besonders erschütternd fand Enno die Zunahme von jungen Menschen, die aus dem Raster fallen und auf der Straße landen. „Perspektivlosigkeit als Lebenserfahrung“, so formulierten es seine Gastgeber beim Werkheim e.V. Junge Menschen, die bereits aus ihren Familien nichts anderes als Arbeitslosigkeit und Armut kennen, keinen Schulabschluss schaffen und auf dem Arbeitsmarkt chancenlos sind. Jeder fünfte, der

FORTSETZUNG: SEITE 11

JETZT GEHT'S LOS IN NEUSTADT

Grüner Bürgermeister Uwe Sternbeck tritt im September 2011 zur Wiederwahl an.

Seit Mitte November ist es offiziell: Der Wahlkampf für die Bürgermeisterwahl in Neustadt am Rübenberge im September 2011 ist eröffnet. Der Grüne Amtsinhaber Uwe Sternbeck, 2004 knapp und überraschend Wahlsieger und bislang einer von vier Grünen Bürgermeistern in Niedersachsen, tritt erneut an.

Das Besondere an dieser Wahl ist, dass Uwe Sternbeck Kandidat der Grünen und der SPD ist. Damit liegt Neustadt im Trend. In Lingen und kürzlich in Schaumburg haben die BürgerInnen eine sachliche, transparente Politik ohne Scheuklappen honoriert.
Eine gemeinsame Arbeitsgruppe hat in den letzten Monaten ein Konzept entwickelt und mit der Präsentation der neuen Homepage http://sternbeck.info am 15. November den (Vor-)Wahlkampf eröffnet. Bis jetzt haben Uwes Gegner in der veröffentlichten Meinung mit Inkompetenz und Eigentoren geglänzt.
Dennoch ist klar, dass wir mit pfiffigen Ideen klar machen müssen, dass Uwe gut für Neustadt ist. Die CDU-Kandidatin hat schon Ende Oktober mit dreiviertelseitigen Anzeigen für ihr samstägliches Kaffeetrinken mit Bürgern geworben. Mit Unterstützung der beiden Parteien – auch aus anderen Ortsverbänden – können wir uns gegen die Finanzmacht der Gruppe CDU-FDP-Bürgerforum stemmen.

STEFAN WEIGANG
Wahlkampf-Koordinator
(0179) 41 90 337
stefan.weigang@t-online.de

FORTSETZUNG VON SEITE 10

zum Werkheim e.V. kommt, ist unter 30 Jahre alt, insgesamt 10 Prozent sogar unter 25. Und dies sind nur die Männer. 50 Prozent der jungen Wohnungslosen sind heute jedoch Frauen, berichtet Herr Sonnenberg. Für diese gibt es bislang so gut wie keine Anlaufstelle, weil dies ein neues Phänomen ist. Denn früher war Obdachlosigkeit eine fast rein männliche Angelegenheit. Frauen fielen nicht so leicht aus allen sozialen und familiären Bezügen heraus.

Gerade in diesem Kontext ist es unverständlich, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Halbierung des Budgets für die Arbeitsmaßnahmen plant und die Landesregierung immer noch keine Antwort darauf hat, wie zu Zeiten des doppelten Abi-Jahrgangs und dem Wegfall des Wehr- bzw. des Ersatzdienstes junge Menschen nach der Schule nicht in Warteschleifen landen, sondern in Ausbildung kommen. Der Besuch zeigte Enno, dass es gerade im Bildungsbereich noch eine Menge zu tun gibt, um jungen Menschen Zukunftschancen zu bieten und sie nicht aus dem sozialen Raster fallen zu lassen. Denn auch wenn keine offiziellen Statistiken darüber geführt werden, wie viele Menschen tatsächlich auf der Straße leben, die Zahl derer, die z.B. beim Werkheim e.V. um Hilfe bitten, steigt.

Dass auch Menschen in besonders schweren sozialen Situationen zu besonderen Leistungen fähig sind, zeigt ein anderes Beispiel aus dem Werkheim e.V. Neben einer Laufgruppe hat die Einrichtung auch eine Fußballmannschaft. Einer der Männer schaffte damit sogar den Sprung in die deutsche Nationalmannschaft bei der Wohnungslosen-Weltmeisterschaft in Melbourne 2008.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@
lt.niedersachsen.de

Hannover

AUS DEM RATHAUS

KOHLE-AUSSTIEG, MEHR REGENERATIVE ENERGIE

Wenn das kein Erfolg ist: Seit Jahren hatten wir uns dafür engagiert, dass die Stadtwerke Hannover ihre Beteiligung am Bau des Kohlekraftwerks Staudinger bei Hanau aufgeben. Anfang November hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke beschlossen, von der ursprünglich beabsichtigten 25 Prozent-Beteiligung an dem klimaschädlichen Kohle-Kraftwerk auch den restlichen, noch verbliebenen Anteil zu veräußern. Die dadurch freigewordenen Finanzmittel können nun in den Ausbau regenerativer Energieerzeugung investiert werden, zumal die Stadtwerke hier Nachhofbedarf haben: Beim Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" war die Stromerzeugung in Hannover mit hohem Anteil aus Kohlekraft und lediglich 2 Prozent aus regenerativer Quelle negativ gewichtet worden. Mit dem Beschluss zur Unternehmensstrategie K 2020 ist nun auch vorgesehen, dass in den nächsten Jahren 500 Mio. Euro in Windenergie, Bioenergie und Fernwärme investiert werden. In 10 Jahren können dadurch alle hannoverschen Privathaushalte komplett mit Strom aus erneuerbarer Energieerzeugung und alle Kunden in Hannover, inklusive der Industrie und Gewerbekunden, mit Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung und aus erneuerbarer Energieerzeugung versorgt werden.

FORCIERTER AUSBAU DER KRIPPENBETREUUNG

Der zu beobachtende Bevölkerungszuwachs Hannovers ist sehr erfreulich und zeugt von Lebensqualität, zeigt allerdings auch, dass die U3-Betreuungsplätze, die in dem laufenden und bereits ambitionierten Programm 5 x 300 nach und nach bis 2013 geschaffen werden, nicht ausreichen. Wir brauchen also zusätzliche Betreuungsplätze, da wir an dem von uns beschlossenen Standard einer 40 Prozentigen Betreuungsquote bis 2013 festhalten wollen. Daher hatte die rot-grüne Koalition die Verwaltung per Antrag aufgefordert, bis zu den Beratungen zum Haushaltsplan 2011 Planungen vorzulegen, wie die 40Prozent-Quote in der Krippenbetreuung eingehalten werden kann. Dafür dürften in den Jahren 2011 bis 2013 statt der jährlich ursprünglich geplanten 300 Plätze 100 weitere, also 400 Plätze pro Jahr nötig sein. Für 2011 sollen diese 100 weiteren Plätze laut Vorgabe von Rot-Grün bereits bis zum 01.08.2011 geschaffen werden. Im Haushalt 2011 ist der gefasste Beschluss zu den Betreuungsplätzen auf Grundlage der von der Verwaltung vorzulegenden Planungen noch in finanzieller Hinsicht politisch umzusetzen.

GREEN IT IM RATHAUS AUF GUTEM WEG

Es ist sehr erfreulich, dass Hannover beim Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010 im Bereich ´Green IT und energieeffizientes Büro´ den 1. Platz belegt hat. Neben Green IT-Aktivitäten an einzelnen Schulen Hannovers sind hier die Energieeffizienzmaßnahmen bei der Stadtverwaltung eingeflossen. Damit wird neben dem seit 2000 laufenden Energiesparprojekt ´Tatort Büro - Energie sparen durch umweltbewusstes Verbraucherverhalten´ insbesondere der von uns im Jahr 2009 initiierte Antrag Green IT bzw. Energieeffizienz für Rechenzentrum, Serverräume und Einzelarbeitsplätze bestätigt. Wir sind demnach mit unseren Aktivitäten auf grüner Linie und leisten einen wichtigen Beitrag im Rahmen des Klimaschutzaktionsprogramms 2008-2020, in das Green IT als ein Baustein eingebettet ist. Eingeflossen in diesen 1. Platz für Hannover ist das Projekt "Energiesparcomputer an Schulen". Hierfür hat Hannover sogar einen Sonderpreise im Bereich Green IT erhalten. Die Grundschule Mengendamm, die IGS Linden und das Gymnasium Humboldtschule sind hier vorbildlich.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

LANDESVORSITZ ANGESTREBT

Jan Haude aus Hannover kandidiert für den Vorsitz der niedersächsischen Grünen

JAN HAUDE

Am 5. Februar 2011 wird bei der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen Niedersachsen ein neuer Landesvorstand gewählt. Für den offenen Vorsitzendenplatz wird Jan Haude, 29 Jahre, aus dem Regionsverband kandidieren. Jan ist 2003 zum Studium nach Hannover gekommen und seitdem bei den Regionsgrünen aktiv. Zuerst ehrenamtlich als Koordinator der Grünen Hochschulgruppe, in der Grünen Jugend und in der Stadtteilgruppe Hannover-Mitte, seit 2007 auch hauptamtlich als Geschäftsführer des Stadtverbandes Hannover.

Bereits seit 2009 sitzt er ehrenamtlich als Schatzmeister im Landesvorstand. Nach der Ankündigung der bisherigen Vorsitzenden Stefanie Hennecke, für die Neuwahl nicht mehr anzutreten, hat er sich für die Vorsitzkandidatur entschieden. „Die kommende Vorstandsperiode ist eine absolut spannende Zeit. Zuerst die Kommunalwahlen im Herbst 2011, dann die Landtagswahl 2013. Diese Phase möchte ich aktiv mitgestalten", führt Jan als Hauptmotivation für seine Kandidatur an. „Die positiven Umfrageergebnisse und dass allgemeine Interesse an grüner Politik bietet für uns die Chance, unsere Basis zu verbreitern und bei den kommenden Wahlen kräftig zuzulegen. Ziel muss es sein, 2011 mehr GRÜN in die Kommunen zu bringen und 2013 Schwarz-Gelb abzulösen - zuerst im Land, dann im Bund. Denn nur mit GRÜN gibt es wirklichen Klimaschutz, eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und Gerechtigkeit."

IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Maaret Westphely, Brigitte Deyda, Christian Gailus, Carolin Jaekel, Jörg Rutzen, Ulrich Schmersow, Sven-Christian Kindler, Simone Heller, Detlef Knauer, Brigitte Pothmer, Eugenia Seibel, Astrid Barenscheer-Heisecke, Daniela Kauhausen, Dietmar Beck, Michael Dette, Meike Schümer, Michael Demus, Julia Chiabudini, Marcus Blumtritt, Enno Hagenah, Dirk Musfeldt, Stefan Weigang, Günter Wulfert, Jan Haude, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100Prozent Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im März 2011.

Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10

TERMINE

13.12. **17:00**
AG Soziales, Gesundheit, Jugend, Haus der Region, Raum 63

13.12. **18:00**
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1,UG

13.12. **18:00**
Kommunalpolitik braucht Dich! Infoveranstaltung für Stadtbezirksräte und Rat der Stadt Hannover, Senior-Blumenberg-Gang 1

13.12. **18:00**
Müll-AG, Treffen auf dem Weihnachtsmarkt

14.12. **14:00**
AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

14.12. **18:00**
AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

14.12. **18:00**
AG Umwelt & Energie, Neues Rathaus, Raum Leipzig

15.12. **16:00**
Besuch des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege mit Filiz Polat. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" Treffpunkt: Scharnhorststr. 1, Hannover.

15.12. **18:00**
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

16.12. **17:00**
Finanz-AG, Haus der Region, Raum 63

16.12. **19:30**
Podiumsdiskussion „Landwirtschaft Heute" in Burgdorf, Jugendzentrum Johnny B., Sorgenser Straße 30

10.01. **18:00**
Offener Diskussionsabend bei Petra K., Senior-Blumenberg-Gang 1

11.01. **18:00**
Mitgliederversammlung Stadtverband Hannover, Senior-Blumenberg-Gang 1

15.01
Mitgliederversammlung des Regionsverbands, Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben.

18.01. **18:00**
Kommunalpolitik braucht Dich! Infoveranstaltung für Ortsverbände und Regionsversammlung, Senior-Blumenberg-Gang 1

25.01. **19:00**
OV-Treffen zur Kommunalwahl, Senior-Blumenberg-Gang 1
05./06.02.
LDK in Hannover

12.02. **10:00**
9. Grünes Frühstück, Gaststätte Flügel´s, Hannoversche Straße, Seelze

12.03.
Mitgliederversammlung des Regionsverbands, Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben.

26.03. **10:00**
Mitgliederversammlung Stadtverband Hannover, Üstra-Remise, Goethestraße 19, Hannover.

DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.